

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. April 1978
am Donnerstag, dem 27. April 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	11, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	12, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	2, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	14, 30 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Sind der Bundesregierung Pressemeldungen bekannt, wonach der Bundesverband der Rechtspfleger schwerwiegende negative Auswirkungen des seit dem 1. Juli 1977 angewandten neuen Mahnverfahrens für die betroffenen Schuldner festgestellt hat, bzw. liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Auswirkungen des Verfahrens vor, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um Mängel des Verfahrens zu beheben?
2. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung im Hinblick auf den Bericht des Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtags zu den Vorfällen in Stuttgart-Stammheim über das Hineinschmuggeln von Waffen und Sprengstoff in die Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Unsicherheit über Grenzverletzungen, die durch die Ausdehnung der Fischereizonen durch die Ostseeanrainer für die deutschen Fischer, die in der Ostsee arbeiten, entstanden ist, zukünftig vermieden werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

4. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Gesamtverbands Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen an Bestrebungen, die Bindungen für öffentlich geförderte Wohnungen zu lockern?
5. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Förderungsmittel ein Bonus auch für Mietwohnungen und für Wohnungen des zweiten Förderungswegs gewährt werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

6. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Auf Grund welcher amerikanischen Zusagen hat Bundesforschungsminister Dr. Hauff sich gegen Befürchtungen gewandt, daß es im Zusammenhang mit dem neuen amerikanischen Atomgesetz zu einem Uranlieferstopp für deutsche Reaktoren kommen könne, und kann die Bundesregierung verbindlich erklären, daß die USA sowohl mittel- als auch langfristig genügend Uran nach Deutschland liefern werden und diese Versorgung an keine Bedingungen hinsichtlich des Exports deutscher Kernkraftwerke und Anreicherungsanlagen geknüpft ist?

7. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik der Forschungsvereinigung Feinmechanik und Optik am 16. März in Bonn, in der die Programme des Bundesforschungsministeriums als „im großen und ganzen enttäuschend“ bezeichnet wurden, und will die Bundesregierung aus dieser Kritik Konsequenzen ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

8. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird die berufliche Ausbildung von lernbehinderten Jugendlichen dadurch gehemmt, daß die Berufsbildungszentren nicht genügend anerkannte Sonderausbildungsgänge für Lernbehinderte anbieten können, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?
9. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Sind nach Auffassung der Bundesregierung die unter den Kammerbezirken auftretenden Abweichungen zwischen den gegenwärtig anerkannten Sonderausbildungsgängen für Fachwerker und Werker so erheblich, daß bundeseinheitliche Regelungen angezeigt sind, und falls ja, mit welchen Maßnahmen wird sie die Vereinheitlichung anstreben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter
Wittmann
(Straubing)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung das in den Niederlanden angewandte Verfahren, mit einem landesweiten Netz automatischer „Schnupper-Pfähle“ Luftverschmutzern rasch auf die Spur zu kommen, für die Einführung in der Bundesrepublik Deutschland für geeignet, und welche Möglichkeiten sieht sie, auf die – eventuell probeweise – Einführung hinzuwirken?
11. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, daß ein Anruf mit einem Hinweis auf eine konspirative Wohnung in Hattersheim beim Bundeskriminalamt nicht registriert worden ist?
12. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU)
- Welche Vorkehrungen und Anordnungen wurden zu welchem Zeitpunkt im Bundeskriminalamt getroffen um sicherzustellen, daß Hinweise aus der zur Unterstützung der Fahndung nach Terroristen aufgerufenen Bevölkerung lückenlos registriert und unverzüglich bearbeitet wurden, und wie weit entsprach die Arbeitspraxis diesen Vorkehrungen und Anordnungen?
13. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche „bestimmte Kurzbezeichnungen im Hinblick auf völkerrechtliche Vereinbarungen“ und „wegen des Sachzusammenhangs“ als „eine Orientierung an international gebräuchliche Abkürzungen“ meint die Bundesregierung für den Namen der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Antwort im Plenarprotokoll 8/84, Anlage 8?

14. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Hat der Bundeskanzler vor wenigen Tagen in Wilhelmshaven erklärt, der Terrorismus sei kein Grund, daß jeder jetzt verrückt spielen müsse, und er lehne einen Schnüffeleistaat sowie Gesetzesexzesse kategorisch ab, und wenn ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung für die zuerst angeführte Äußerung vor, und welche konkreten Gesetzesvorlagen hat der Bundeskanzler mit seiner zweiten Äußerung gemeint?
15. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung bezüglich der Bevölkerungsentwicklung unseres Landes die verschiedenen Aspekte, die in der Sendung „Kraftproben – Sterben die Deutschen aus?“, im 1. Programm des Deutschen Fernsehens am 20. April 1978 ausgestrahlt, angesprochen wurden, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?
16. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Inwieweit trifft die Pressemeldung zu, daß auf Grund einer schon vor ca. zwei Jahren von Bundesinnenminister Dr. Maihofer erlassene Verfügung die Industriegewerkschaften des DGB sicherheitspolitisch nicht mehr observiert werden dürfen, und was hatte den Verfassungsschutz veranlaßt, sie bis dahin zu observieren?
17. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit – insbesondere im Zusammenhang mit § 6 des Ausländergesetzes – einem Ausländer, der in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich zur Einführung eines verfassungswidrigen Diktaturmodells aufruft, wie es Otto von Habsburg mit seinem Artikel „Zeitgerechte Abwehr“ in Heft 4 der „Zeitbühne“ April 1978 getan hat, unmißverständlich klarzumachen, daß hiermit die auch Ausländern gewährten Rechte grob mißbraucht und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesländer schwer beeinträchtigt werden können?
18. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Welche Ansätze zu einer wirklichen Neuorientierung erkennt die Bundesregierung in der erstmals wieder erschienenen Zeitschrift „schnittpunkt“ der NFJD, deren Vorgängerin im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um die weitere Förderungswürdigkeit der NFJD stand, angesichts der Tatsache, daß die Ausgabe 1/78 ein ausführliches Interview mit dem DKP-Sänger Hannes Wader, einen umfangreichen Beitrag des Vorsitzenden der DKP-beeinflußten DFG/VK, Klaus Mannhard, eine Anzeige der UZ-Zeitung der DKP, Werbebeilagen der kommunistisch-beeinflußten „Deutschen Volkszeitung“ und der DKP-zugehörigen „Marxistischen Blätter“, eine Unterstützungsaufforderung „Chile Solidarität“ von Prof. E. Wulff aus dem Vorstand der unter maßgeblichen kommunistischen Einfluß gegründeten „ASK“, und eine Identifikation mit dem orthodox-kommunistisch initiierten und gesteuerten „Weltjugendfestival“ enthält?
19. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Ändert die Ankündigung in Nummer 2/78, die Anzeigepraxis zu überdenken, in der Sache etwas am Bild des neuen „schnittpunkt“ angesichts der Tatsache, daß diese Ausgabe zwar keine Anzeige der UZ enthält, stattdessen aber eine ganzseitige Anzeige der „Collectiv Buchhandlungen“, eine Anzeige des Damnitz Verlags, München, sowie eine Anzeige des Monitor Verlags, Düsseldorf, d. h. also

von Mitgliedern der auf Initiative der DKP gegründeten und von ihr unter Führung des Parteivorstandsmitglieds Erich Mayer gesteuerten „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung eine von der VW-Stiftung finanzierte wissenschaftliche Untersuchung von Grunow, Hegner, Kaufmann (veröffentlicht im Verwaltungsarchiv 66. Band, Heft 1 vom 1. Januar 1975) bekannt, die zum Ergebnis kommt, daß nur 50 v. H. der Lohnsteuerpflichtigen die Informationshefte, die Merkblätter und die schriftlichen Erläuterungen zur Steuererklärung und zum Lohnsteuerjahresausgleich kennen, daß lediglich 30 v. H. dieser Lohnsteuerpflichtigen diese Information verstehen, und daß die Lohnsteuerpflichtigen als die schwierigste Hürde zur Erfüllung der Steuerpflichten „das richtige Verstehen und Ausfüllen von Formularen“ bezeichnet haben, und welche Schlüsse zieht sie daraus?
21. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung noch die Ansicht des Bundesfinanzministers (Stellungnahme vom 21. September 1964), daß Streikgelder und Streikunterstützungen steuerpflichtiger Arbeitslohn sind, und wenn ja, wie wird die Versteuerung sichergestellt?
22. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die in Schweden übliche niedrigere Besteuerung von einbehaltenen Gewinnen gegenüber ausgeschütteten Gewinnen zur Anregung der Investitionstätigkeit in privaten Unternehmen, und stellt sie Überlegungen an, eine ähnliche Unternehmensbesteuerung auch bei uns einzuführen?
23. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die in Schweden bestehende Möglichkeit, für private Unternehmen bis zu 40 v. H. des Jahresgewinns einer steuerfreien Investitionsrücklage in einem Investitionsfonds zuzuführen, und gedenkt sie, ähnliche Möglichkeiten zur Verminderung von Konjunkturschwankungen auch bei uns zu schaffen?
24. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD) Sind der Bundesregierung außer den Verkaufsabsichten der Veba-Wohnungsbau GmbH im Bereich Mülheim weitere Verkaufsabsichten der Veba in anderen Bereichen der Gesellschaft bekannt, und wenn ja, in welchen konkreten Fällen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
25. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das von der Veba-Wohnungsbau GmbH praktizierte Verfahren einen schlechten Stil demonstriert, und daß es den staatlichen Wohnungs- und Eigentumsvorstellungen viel mehr entsprechen würde, wenn die Häuser den bisherigen Mietern zu angemessenen Bedingungen zum Kauf angeboten würden, und wenn ja, wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen?

26. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung in der Presse zitierte Berechnungen bestätigen, wonach ein Selbständiger 1977 ein Bruttoeinkommen von 41 167 DM, ein Angestellter aber nur von 32 000 DM erzielen mußte, um ein verfügbares Nettoeinkommen von 23 586 DM zu erhalten, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?
27. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Wie hoch müßte das Bruttoeinkommen eines Beamten sein, um ein Nettoeinkommen von 23 586 DM zu erzielen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die ungleiche Besteuerung zwischen den einzelnen Gruppen der Erwerbstätigen abzubauen?
28. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche volkswirtschaftlichen Vorteile ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus den bisherigen Steuervergünstigungen der Flick-Gruppe nach § 6 b des Einkommensteuergesetzes für die Bundesrepublik Deutschland?
29. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Ist die Bundesregierung angesichts der enorm hohen Anteile der Flick-Gruppe an den gesamten Steuervergünstigungen nach § 6b des Einkommensteuergesetzes in den letzten beiden Jahren bereit, den Vorschlag einer Obergrenze der Steuervergünstigungen für einzelne Steuerzahler im Rahmen der Regelungen des § 6b des Einkommensteuergesetzes zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Wettbewerbsverzerrungen auf dem süddeutschen Stahlmarkt, die durch Niedrigpreispolitik ausländischer Hersteller und durch Nichteinhaltung der EG-Mindestpreisregelung entstanden sind, zu beseitigen, um damit zu verhindern, daß weitere Arbeitsplätze in der süddeutschen Stahlindustrie verloren gehen?
31. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Welche der in der Presse angeführten verschiedenen Angaben von Regierungsmitgliedern über den Umfang des Investitionsstaus treffen zu, die des Bundeskanzlers, die des Bundeswirtschaftsministers oder die des Bundesinnenministers?
32. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Worin liegen gegebenenfalls die Gründe für die erheblichen Abweichungen in den Aussagen von Regierungsmitgliedern über den Investitionsstau?
33. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Was hat den Bundeswirtschaftsminister anlässlich der Eröffnung der 32. Hannover-Messe zu der Äußerung veranlaßt, vor einem überzogenen Absicherungs- oder gar Zunftdenken der Arbeitnehmer zu warnen und in Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Probleme die auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen in der Lohn- und Gehaltskala getroffenen Absicherungsregelungen der Tarifparteien mit dem Hinweis zu kritisieren, daß diese Vereinbarungen in der Tendenz die Flexibilität der Unternehmen einschränke, die Kosten langfristig erhöht würden und die Wettbewerbsposition einzelner Firmen oder ganzer Branchen erschweren könnten?

34. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP) Hält die Bundesregierung die vielerorts von kommunalen Betrieben herausgegebenen Jahresabrechnungen über den Verbrauch von Wasser, Strom und Gas ohne Textangabe über die Art des Verbrauchs und über die Begründung für die Gebührenerhöhung für zumutbar für den Verbraucher, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
35. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, in welcher Weise sichergestellt werden kann, daß Kunden von öffentlichen Monopolbetrieben leicht les- und prüfbare Rechnungen erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

36. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Bezieher von Waisenrenten, die ihre Berufsausbildung auf Grund der bestehenden Hochschulzugangregelungen erst nach einer Wartezeit aufnehmen können, mit jenen Waisenrentenempfängern gleichzusetzen sind, deren Ausbildung durch die Erfüllung einer gesetzlichen Dienstpflicht verzögert wird und denen daher die Waisenrente über die Vollendung des 25. Lebensjahrs hinaus gezahlt wird, und wenn ja, wann ist mit einer entsprechenden Regelung zu rechnen?
37. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Hält die Bundesregierung das Recht der privaten Krankenanstalten für zeitgemäß, oder beabsichtigt sie in absehbarer Zeit, dem Bundestag eine Konkretisierung der „gesundheitspolizeilichen Anforderungen“ in § 30 Abs. 1 Buchstabe b der Gewerbeordnung vorzuschlagen und dabei auch nachträgliche Auflagen entsprechend dem Stand der medizinischen Wissenschaft zuzulassen?
38. Abgeordneter
Hauser (Krefeld)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, nunmehr unmißverständlich ihren Verzicht auf die immer wieder aus SPD-Kreisen geforderte Einführung einer Arbeitsmarktabgabe zu erklären, nachdem ihr Gutachten vorliegen, die eindeutig nachweisen, daß eine solche Arbeitsmarktabgabe für Selbständige und Beamte verfassungsrechtlich unzulässig wäre?
39. Abgeordneter
Hauser (Krefeld)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Einführung einer gesetzlichen Gruppensolidarität Gruppenhomogenität voraussetzt und diese zwischen Selbständigen und Unselbständigen nicht gegeben ist?
40. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um die internationalen Erfahrungen mit der Gesetzgebung für Sozialbilanzen auszuwerten, und welche Konsequenzen hat sie daraus für die weitere Förderung der Forschung (vgl. z. B. Wirtschaftsdienst III/1978, Seite 122 ff.) in diesem Bereich gezogen?
41. Abgeordneter
Dr. Becker (Frankfurt)
(CDU/CSU) Treffen Berichte zu, daß im Bundesarbeitsministerium eine Datenbank mit personenbezogenen Daten der renten-, kranken- und arbeitslosenversicherten Bürger als Planungsinstrument aufgebaut wird?

42. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen werden gegebenenfalls für ein Planungsinstrument im Aufgabenbereich des Bundesarbeitsministeriums personenbezogene Daten benötigt?
43. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wann ist mit einer Verwirklichung der Regelung zu rechnen, wonach die Schwerbehinderten einen gleichen Ausweis unabhängig von der Ursache ihrer Behinderung erhalten sollen?
44. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Sind die Befürchtungen der Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretung Deutscher Apotheker (ABDA), wonach durch die Maßnahmen des Kostendämpfungsgesetzes (KVKG) ein „existenzbedrohender Umsatzverfall“ eingetreten und die „Prämissen“ des Arzneimittelmarktgesetzes „paralysiert“ worden sein soll, begründet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
45. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Hält die Bundesregierung eine Beschränkung der vom ABDA kritisierten Niederlassungsfreiheit für einen geeigneten Weg zur Existenzsicherung der Apotheken?
46. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
(FDP) Entspricht es geltendem Recht, daß die Bundesarbeitsverwaltung zur Wiedereingliederung von nach Arbeit Nachfragenden an Unternehmen Eingliederungsbeihilfen für ein Jahr auch für Bewerber gewährt, die durch Besitz so gestellt sind, daß sie durch Eigenbewirtschaftung oder Verpachtung 40 000 DM jährliches Einkommen erwirtschaften können, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, bei gelegentlicher Novellierung der betreffenden Gesetzgebung die Rechtslage so zu ändern, daß Bürger Zusatzleistungen nicht erhalten, wenn sie auf Grund ihrer Vermögensverhältnisse sich selbst helfen können?
47. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Hannover, daß bereits die freigewählte und entschädigungslose Mitwirkung von Jugendlichen in einem Chor schon dann eine arbeitnehmerähnliche Leistung darstellt, die in der Regel unter das Jugendarbeitsschutzgesetz fällt, wenn sich dieser Chor an einem öffentlichen Konzert beteiligt und daß darüber hinaus sogar die vorausgehenden vereinsinternen Proben für eine auswärtige Veranstaltung so beurteilt und daher einer staatlichen Genehmigungspflicht unterworfen werden müssen, und wenn nein, wie wird sie ihrer Auffassung Geltung verschaffen?
48. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Könnte sich die Bundesregierung vorstellen, daß die Frage, wann sich die Ausübung eines Hobbys in einem kulturellen oder sportlichen Verein für einen Jugendlichen gesundheitsgefährdend auswirkt, sachgerechter im Einzelfall durch die Erziehungsberechtigten entschieden werden kann, als durch ein staatliches Genehmigungsverfahren auf der Basis des Jugendarbeitsschutzgesetzes, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
49. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Bundeshaushaltsentwurfs das Haushaltsdefizit der Bundesanstalt für Arbeit für 1979, wenn sie davon ausgeht, daß die Bundesanstalt bereits im laufenden Haushalt 1978 ein Defizit von

einer Milliarde DM veranschlagt hat und ihr zusätzlich für die Beitragsleistung an die Rentenversicherung in den Monaten Juli bis Dezember 1978 ein Betrag von 1,45 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt wird, und werden die Beitragszahler (Beitragserhöhung) oder die Steuerzahler (Bundeszuschüsse) die Lücke schließen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

50. Abgeordneter **Möllemann** (FDP) Ist die Bundesregierung bereit, wehrpflichtige Soldaten anstelle der Bundesbahnfahrschein für Familienheimfahrten wahlweise hierfür mit einem äquivalenten Betrag für die Benutzung des eigenen Pkw zu bezuschussen?
51. Abgeordneter **Möllemann** (FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Voraussetzungen für die Gewährung von Mietbeihilfen an unverheiratete wehrpflichtige Soldaten den gewandelten Verhältnissen anzupassen und den § 7 Abs. 2 Nr. 4 des Unterhaltssicherungsgesetzes entsprechend zu ändern?
52. Abgeordneter **Gerstl** (Passau) (SPD) Ist an die Bundesregierung der Vorschlag hergetragen worden, eine Miliz aus ehemaligen Soldaten der Bundeswehr aufzustellen, die in Spannungs- und Krisenzeiten und zur Bekämpfung von Terroristen eingesetzt werden soll, und wenn ja, beabsichtigt sie, ein solches Vorhaben zu unterstützen?
53. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU) Ist sichergestellt, daß der Personalabteilung des Bundesverteidigungsministeriums genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, damit die zuständigen Referenten und Hilfsreferenten der Personalabteilung während eines Kalenderjahrs die erforderlichen Dienstreisen zu Personalgesprächen auch in dem erforderlichen Umfang durchführen können und damit verhindert wird, daß u. U. mehrere Soldaten des gleichen Standorts nach Bonn reisen müssen, nur weil in ihrem Truppenteil noch entsprechende Mittel verfügbar sind?
54. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU) Ist es bekannt, daß durch die Spitzenveränderungen auf der Generalsebene, die der Bundesminister zu den Versetzungsterminen (1. April und 1. Oktober) persönlich trifft, Versetzungsketten gebildet werden müssen, von denen jeweils fünf und mehr Offiziere betroffen sein können, und ist sichergestellt, daß die Entscheidung des Bundesministers so früh getroffen wird, daß damit den am Ende der Versetzungskette stehenden Offizieren die Versetzungsverfügungen noch zu einem vertretbaren Zeitpunkt zugestellt werden können?
55. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung zur Zeit die Zahl militärischer Berater, Ausbilder und Experten, die von Kuba, von der Sowjetunion, von der DDR bzw. von allen Warschauer Pakt-Staaten insgesamt nach Äthiopien, Angola, Mozambique, Sambia, Tansania, Schwarzafrika insgesamt, den Nah-, Mittelost-Raum bzw. Indochina entsandt wurden?

56. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU) In welcher Höhe wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 1977 und in den vergangenen fünf Jahren von den Warschauer Pakt-Staaten Waffen in Entwicklungsländer geliefert bzw. Abkommen über Waffenlieferungen an Entwicklungsländer abgeschlossen?
57. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Hauptfeldwebel der Bundeswehr, die auf solchen sogenannten Weißbuchstellen befördert worden sind, die jetzt wieder wegfallen sollen, nur deshalb in andere Standorte versetzt werden, weil dort besetzbare Planstellen frei werden, ohne daß andere dienstliche Gründe dies erforderlich machten, während persönliche Gründe dieser Versetzung sogar entgegenstehen?
58. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein) Werden Organisationsmaßnahmen, die zum Beispiel im Bereich des Heeres im Vorgriff auf die einmal beabsichtigte Neustruktur bereits verfügt worden sind, wieder rückgängig gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

59. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Verordnung von Säuglingsmilchen einer medikamentösen Therapie gleichzusetzen ist, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus speziell in bezug auf eine optimale, übergeordnete Steuerung der Verordnung von Säuglingsmilch durch die Ärzteschaft?
60. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Welche Kontrollmaßnahmen wurden veranlaßt, um die von Klinikpersonal und von Müttern aus Pulver hergestellten trinkfertigen Säuglingsmilchen in bezug auf Hygiene, bakteriologische Situation und Qualität des verwendeten Wassers auf gesundheitsschädigende Fehlerquellen zu untersuchen, da die Pulvermilchen nur als pulverisierte Ausgangssubstanz strengen Kontrollen nach dem Lebensmittelrecht unterliegen?
61. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wann ist mit einer Weiterentwicklung des Bundessozialhilfegesetzes dahin gehend zu rechnen, daß das Pflegegeld für zivile Schwerstbehinderte eine Anbindung an entsprechende Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz wie heute schon bei der Blindenhilfe erfährt?
62. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Sind der Bundesregierung die für Ende Januar 1978 zugesagten letzten Stellungnahmen zur Psychiatrie-Enquete (Bayern, Niedersachsen, Saarland) zugegangen, und was steht einer Stellungnahme der Bundesregierung und einer Diskussion der Enquete im Bundestag — angesichts skandalöser Berichte in der Presse über mysteriöse Todesfälle in psychiatrischen Einrichtungen — noch im Wege?
63. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Wieviel Zeit wird die Bundesregierung für die Abstimmung der Bundesressorts mit Ländern, Trägern und Verbänden über die Planungsstudie zur Psychiatrie-Enquete voraussichtlich benötigen?

64. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung seit ihrer Antwort vom 10. März 1978 auf meine Frage, bezüglich der Erstattung der Kosten der Untersuchungen, die an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland bei Fleischimporten entstehen, unternommen?
65. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Bundesländer seither eine Lösung dieses Problems getroffen haben, und wie lange die betroffenen Kreisbehörden oder Importeure noch in Vorlage treten müssen?
66. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Treffen Presseberichte zu, nach denen die Finanzierung von Diagnosezentren zur pränatalen Feststellung genetisch bedingter Defekte durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft Ende 1978 ausläuft, und welche Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, um eine Fortsetzung der Forschungs- und Betreuungsarbeit dieser Zentren sicherzustellen?
67. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Welche Ergebnisse hat die beim Bundesgesundheitsamt in Berlin am 4. März 1977 eingerichtete Kommission erarbeitet, die Empfehlungen zu stereotaktischen gehirnchirurgischen Eingriffen entwickeln soll, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Anwendung dieser Therapiemethode durch eine Kommission zu überwachen?
68. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine Werbung für bestimmte Lebensmittel in Zeitungen, Zeitschriften und anderen Medien für zulässig, die darauf abgestellt ist, dem Verbraucher zu suggerieren, sein Herz brauche, um gesund zu bleiben, bestimmte Arten von Fetten?
69. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Sind Formulierungen, wie „Für Herz und Kreislauf von höchstem Wert“ oder „Ihrem Herzen zuliebe . . .“ oder „übernimmt es . . ., Ihr Herz zu entlasten“ als allgemeine Werbeaussagen rechtlich zulässig und vom Inhalt ihrer Aussage her wissenschaftlich hinreichend gesichert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

70. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die eklatante Benachteiligung von Schülern auf dem Land bekannt, die sich aus der Tatsache ergibt, daß zum Beispiel in der Millionenstadt München die MVV-Schülermonatskarten auch an Sonn- und Feiertagen gelten, Fahrschüler außerhalb des Ballungsraums aber ihre Fahrten mit der Deutschen Bundesbahn zu Schulveranstaltungen an diesen Tagen extra zu bezahlen haben, und wird sie entsprechende Konsequenzen ziehen?
71. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Aufhebung der Gültigkeit der Schülermonatskarten an Sonn- und Feiertagen (am 1. Februar 1958 „aus finanziellen Gründen“) revidiert werden kann?
72. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der hohen Unfallzahlen im Zweiradverkehr einem Abbau von Radwegen entgegengewirkt werden muß, und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß das Radwegenetz nicht durch Straßenverbreiterungen eingeschränkt wird?

73. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in den zuständigen Bundesbehörden Überlegungen angestellt werden, wie die einseitige Ausnützung der deutschen Lkw-Transporte im Ausland und die kostenlose Abnützung deutscher Bundesautobahnen durch ausländische Lkw-Transporte eingeschränkt bzw. verhindert werden kann?
74. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zu der vom hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Karry, vor Journalisten gegen Bundesverkehrsminister Gscheidle gerichtete „Kriegserklärung“, weil dieser sich angeblich weigere, zusätzliche Mittel für den weiteren Ausbau der Bundesautobahn Kassel-Marburg zur Verfügung zu stellen, obwohl der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ruhnau, ihm diese Mittel bereits früher mündlich zugesagt habe?
75. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Untersuchung darüber abgeschlossen, ob die als „möglicher weiterer Bedarf“ ausgewiesene Autobahnstrecke (A 4) von Olpe nach Hattenbach in eine höhere Dringlichkeitsstufe umgestuft werden soll, und ist damit zu rechnen, daß diese für die Erschließung des hessischen Zonenrandgebiets und zur Entlastung der bestehenden Bundesautobahnen im Rhein-Main-Gebiet außerordentlich wichtige Trasse nunmehr vorgezogen wird?
76. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Wann ist die rechtliche Überprüfung abgeschlossen, die die Bundesregierung am 4. Juli 1977 zusicherte, um die derzeitige Wettbewerbssituation der Deutschen Bundespost im Paketdienst gegebenenfalls durch gesetzgeberische Maßnahmen zu verbessern?
77. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Sind vielleicht jetzt schon Erkenntnisse dieser Untersuchung sichtbar, auch wenn die rechtliche Prüfung noch nicht beendet ist, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?
78. Abgeordneter
Jahn
(Marburg)
(SPD)
- Wie wird die Deutsche Bundespost bei der Umstellung des Fernmeldenetzes auf den Nahdienst den besonderen Schwierigkeiten Rechnung tragen, die sich aus der Gebietsneugliederung in den Bundesländern für die Gemeinden ergeben, denen durch ihre Lage an den Kreisgrenzen die Verbindung zu den Verwaltungs- und Behördensitzen besonders erschwert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

79. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß es in der Strafvollzugsanstalt in der DDR in Cottbus Prügel bei jeder Gelegenheit gibt, wie ein Gefangener in der Ausgabe vom 14. April 1978 im Kölner Stadtanzeiger schildert, und welchen Einfluß haben diese geschilderten Vorgänge auf die innerdeutsche Politik der Bundesregierung?

80. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD)
- Sind seitens der Bundesregierung Bemühungen im Gange, um auf dem Verhandlungsweg mit der DDR das Gebiet auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland, dessen Einwohner die Vergünstigungen des sogenannten kleinen Grenzverkehrs wahrnehmen können, soweit auszudehnen, daß beispielsweise auch die Bewohner der Freien und Hansestadt Hamburg diesen Grenzverkehr benutzen dürfen, und bejahendenfalls, welchen Stand haben die bisherigen Gespräche erreicht?
81. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es auf ihren Wunsch vertrauliche Gespräche zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Wehner, und dem Vertrauten Honeckers, Rechtsanwalt Dr. Vogel, gegeben hat, die ein Treffen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Staatsratsvorsitzenden Honecker vorbereiten sollen?
82. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Welchen Zeitpunkt und welchen Ort sieht die Bundesregierung für ein solches Treffen als geeignet an, und werden die unmenschlichen Zustände an der Zonengrenze eine Rolle bei diesen Gesprächen spielen, wie es im Sinne des Urteilspruchs von Karlsruhe zum Grundvertrag wäre?
83. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Antwort der Bundesregierung vom 19. April 1978 auf meine schriftliche Anfrage betreffend Gespräche mit der DDR über den Abbau der Sperranlagen an der innerdeutschen Demarkationslinie, daß es bis zum heutigen Tag Gespräche der Bundesregierung mit der DDR-Regierung über konkrete Maßnahmen zum Abbau dieser unmenschlichen Sperranlagen nicht gegeben hat und daß die Bundesregierung auch nicht beabsichtigt, solche Gespräche in die Wege zu leiten?
84. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zur Frage der Sperranlagen an der innerdeutschen Demarkationslinie mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag in Einklang zu bringen, in dem es wörtlich heißt, „Schließlich muß klar sein, daß mit dem Vertrag schlechthin unvereinbar ist die gegenwärtige Praxis an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, also Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl. Insofern gibt der Vertrag eine zusätzliche Rechtsgrundlage dafür ab, daß die Bundesregierung in Wahrnehmung ihrer grundgesetzlichen Pflicht alles ihr Mögliche tut, um die unmenschlichen Verhältnisse zu ändern und abzubauen.“, und setzt sich die Bundesregierung nicht dem Verdacht aus, das Urteil des höchsten deutschen Gerichts zu mißachten, wenn sie bei ihrer derzeitigen Haltung beharrt?
85. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Was veranlaßt die Bundesregierung, in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 106 des Abgeordneten Jäger (Wangen), die unmenschlichen Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze, die nach ihrem Zweck und ihrer gesamten Ausführung ausschließlich gegen das Innere der DDR und gegen Menschen gerichtet sind, die in Wahrnehmung eines Grundrechts von der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gelangen wollen, als Reaktion der DDR und ihrer Verbündeten auf eine Bedrohung ihrer Sicherheit darzustellen?

86. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung in Wahrnehmung „in ihrer grundgesetzlichen Pflicht“, Schritte zur Einleitung von Gesprächen mit der DDR-Regierung unternehmen, die konkret den Abbau der unmenschlichen Sperranlagen an der innerdeutschen Demarkationslinie zu dienen bestimmt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

87. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Welchen konkreten Beitrag bei der wirtschaftlichen und sozialen Förderung der Entwicklungsländer erwartet die Bundesregierung von der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern des Warschauer Pakts bezüglich des Volumens der Entwicklungshilfe, der Qualität der Entwicklungshilfe bzw. der Öffnung des Markts der Sowjetunion und des COMECON für die Exporte der Entwicklungsländer sowie der Liberalisierung des Handels und des Zahlungsverkehrs zugunsten der Entwicklungsländer, und wird Bundeskanzler Schmidt seine diesbezüglichen Erwartungen bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit der Sowjetunion verdeutlichen?
88. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß die Sowjetunion, Kuba oder die DDR in weitere Entwicklungsländer militärisches Personal und Material zu entsenden beabsichtigen?
89. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung nach Abschluß der Gespräche, die jener Emissär, der sich auf Absprachen mit ihr beruft, kürzlich in Moskau geführt hat, nun über Inhalt, Umfang und Zielsetzungen der sowjetischen Entwicklungspolitik gegenüber Entwicklungsländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien im klaren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

90. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Besteht die von der Bundesregierung in der Fragestunde vom 17. Juni 1977 angedeutete mangelnde Kooperationsbereitschaft der argentinischen Behörden mit der deutschen Botschaft in Buenos Aires bezüglich der inhaftierten und verschwundenen Deutschen weiterhin, und wenn ja, was hat die Bundesregierung unternommen, um die argentinischen Behörden von der Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zu überzeugen?
91. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des deutschen Botschafters in Argentinien, Jaenicke, daß die 5000 bundesdeutschen Schlachtenbummler, die zu der Fußballweltmeisterschaft erwartet werden, ohne Sorgen kommen können, obwohl – nach Angaben von amnesty international – noch in den Monaten Oktober 1977 und Januar und Februar 1978 wieder drei Deutsche in Argentinien verschwunden sind?

92. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich unter den Toten bei der angeblichen Gefangenenmeuterei im Gefängnis von „Villa Devoto“ in Buenos Aires im vergangenen März auch deutsche Staatsangehörige befanden?
93. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Welche Namen von Deutschen sind der Bundesregierung bekannt, die in Argentinien verschwunden oder inhaftiert sind, und wie viele von ihnen sind in einem Gerichtsverfahren verurteilt worden, und welche Strafen wurden verhängt?
94. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Was hat die Bundesregierung in den vergangenen sechs Monaten unternommen, um die Freilassung dieser Deutschen zu erreichen oder das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären, deren Zahl sich nach Angaben von amnesty international mittlerweile auf 15 erhöht hat?
95. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung von amnesty international, 500 politischen Gefangenen aus Argentinien Asyl in der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren?
96. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, und wenn ja, in welcher Form, die weiteren Forderungen von amnesty international, die im Rahmen einer Kampagne zur Fußballweltmeisterschaft in Argentinien erhoben werden, zu unterstützen, wonach die argentinischen Behörden eine vollständige Liste aller politischen Gefangenen, einschließlich der verschwundenen, veröffentlichen sollen und wonach eine unabhängige internationale Untersuchung aller argentinischen Gefängnisse und Konzentrationslager stattfinden soll?
97. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob die Liste von 7 500 Namen politischer Gefangener, mit der US-Außenminister Vance im vergangenen November nach Argentinien reiste und über deren Schicksal er Aufklärung forderte, auch die Namen von in Argentinien inhaftierten und verschwundenen Deutschen enthielt?
98. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Hat sich die Bundesregierung vor dem Besuch des US-Außenministers um dessen Hilfe bei der Freilassung inhaftierter deutscher Staatsbürger und bei der Auffindung der verschwundenen Deutschen in Argentinien bemüht?
99. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung, die für den 25./26. Mai 1978 vom Europäischen Parlament geplante Anhörung zur politischen Situation in Argentinien, wobei Zeugen zu folgenden Themen eingeladen worden sind, Verletzung der Menschenrechte in Argentinien, Frage der 15 000 vermißten Argentinier, Lage der argentinischen Flüchtlinge, Tätigkeit der im Exil lebenden sozialistischen Persönlichkeiten Argentiniers, zu unterstützen, und wenn ja, in welcher Form?

100. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den letzten Tagen in Argentinien von ca. 15 000 Verschwundenen 232 von den Polizeibehörden wiederaufgefunden wurden, und hat die Bundesregierung Informationen, ob sich auf der soeben bekanntgegebenen Liste auch deutsche Staatsbürger befinden?
101. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Ist es der Bundesregierung gelungen, alle Unklarheiten über die Ermordung der deutschen Staatsbürgerin Elisabeth Käsemann am 8. März 1977 in Argentinien auszuräumen, und ist die Bundesregierung bereit, das endgültige Ergebnis ihrer Untersuchungen zu veröffentlichen?
102. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung unter Berufung auf die gemeinsame deutsch-rumänische Erklärung vom 7. Januar 1978, „daß humanitäre Fragen im Bereich der Familienzusammenführung weiterhin wohlwollend behandelt werden“, dafür zu tun, daß den ausreisewilligen Deutschen wenigstens die Formulare zum Stellen eines Antrags auf Ausreise ausgehändigt werden?
103. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Note der UdSSR an das Auswärtige Amt betr. Einbeziehung des Generalkonsulats der UdSSR in Berlin-West in das Verzeichnis der konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland vom 21. März 1975 beantwortet und gegebenenfalls wie?
104. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Hat der politische Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen (Weltpakt für bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966) in ganz Berlin volle rechtliche Wirkung?
105. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wurde und gegebenenfalls wann mit der Tschechoslowakei eine gemeinsame Grenzkommision gebildet, und welche Aufgaben hat diese?
106. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Aktivitäten des jugoslawischen Geheimdienstes, die laut Pressemeldungen sogar Einschleusungen von Mordkommandos umfassen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen illegale Aktionen dieser Art zu unternehmen?
107. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Bestätigungen für die Vermutung, daß manche der Anschläge gegen Personen oder Einrichtungen Jugoslawiens tatsächlich Provokationen des jugoslawischen Geheimdienstes sind, um die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland in Gegnerschaft zu jugoslawischen Exilorganisationen und jugoslawischen Immigranten zu bringen?
108. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Hat die Bundesregierung zusätzlich zu ihrer Bereitschaft den in Polen inhaftierten Kapitän der SK 58, Fritz Draasch, Kiel, durch Zahlung einer Kaution auf freien Fuß zu setzen, Schritte unternommen, ihn bei der anstehenden Verhandlung angemessen vertreten zu lassen und ihm sonstige Unterstützung zu gewähren?

109. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sowjetische Politik gegenüber der dritten und vierten Welt insbesondere im südlichen Afrika und am Horn von Afrika Krisen verschärft und den internationalen Frieden gefährdet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
110. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Womit will die Bundesregierung der sowjetischen Politik gegenüber der „dritten und vierten Welt“ — soweit sie interventionistischen, imperialistischen und friedensgefährdenden Charakter hat — entgegenreten?
111. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des früheren amerikanischen Außenministers Kissinger, daß man die Sowjetunion zu einer eindeutigen Wahl zwischen Entspannung und Expansion bringen müsse, und — wenn ja — wird Bundeskanzler Schmidt diese Auffassung bei den sich bietenden Gelegenheiten der Sowjetunion darlegen?
112. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Politik der Sowjetunion im Hinblick auf deren Maßnahmen am Horn von Afrika und im Hinblick auf ihre Zusammenarbeit mit Kuba in Afrika nach Art und Umfang geeignet ist, konstruktive Beiträge zur Entwicklung dieser Länder in Afrika zu erbringen?
113. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU)
- Welche politischen Interventionen in internationalen Institutionen — z. B. in der UNO — beabsichtigt die Bundesregierung, um eine nachhaltige Ablehnung des kommunistischen Interventionismus in der dritten Welt herbeizuführen?
114. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- In welchem Verhältnis steht nach Ansicht der Bundesregierung die Tatsache, daß es zur Zeit wesentlich leichter ist, nach Peking, Kapstadt oder Santiago de Chile zu reisen als nach Königsberg oder anderen Orten im nördlichen Ostpreußen, zu den eindeutigen Absichtserklärungen der KSZE-Schlußakte von Helsinki?
115. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit über die Erleichterung von Reisemöglichkeiten ins nördliche Ostpreußen zu sprechen und nachdrücklich zu fragen, warum hier die Sowjetunion so eklatant hinter dem zurückbleibt, was die polnische Regierung für das südliche Ostpreußen schon lange zugesteht, und auf diese Weise zumindest touristische Besuche im ganzen Ostpreußen zu ermöglichen?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|--|--|
| 1. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | War Ministerialdirektor a. D. Dr. Werner Müller zum Zeitpunkt da die Illustrierte „Stern“ Einzelheiten im Entführungsfall Schleyer veröffentlichte, bereits Informationsempfänger in dieser Angelegenheit (s. meine Schriftliche Anfrage vom 15. März 1978 und Antwort der Bundesregierung vom 13. April 1978, Stenographischer Bericht über die 84. Sitzung am 14. April 1978, Seite 6649)? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) | Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die in der gemeinsamen deutsch-tschechoslowakischen Erklärung vom 11. April 1978 bekundete Absicht zu verwirklichen, das nachbarliche Zusammenleben an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze zu verbessern? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) | Bedeutet die in der deutsch-tschechoslowakischen Erklärung vom 11. April 1978 bekundete Bereitschaft, den Reiseverkehr zwischen Deutschland und der CSSR zu fördern, daß für den wachsenden Verkehr neue Grenzübergänge geschaffen werden sollen? |
| 4. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU) | Wie hoch belaufen sich die Mittel, die die Bundesregierung direkt oder indirekt bisher dem Namibia-Institut in Lusaka zur Verfügung gestellt hat? |
| 5. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die dort durchgeführte Arbeit? |
| 6. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU) | Gibt es Berichte von kompetenter Seite, die die Arbeit und Zielsetzung des Instituts in Frage stellen? |
| 7. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung der Tschechoslowakei Kredite oder andere handelspolitische Entgegenkommen anlässlich des Besuchs des Staatspräsidenten Husak gewährt oder in Aussicht gestellt? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Müller-
Emmert
(SPD) | Wird die Bundesregierung die Bemühungen von amnesty international unterstützen, im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien die Mitglieder des Weltmeisterschaftsaufgebots des Deutschen Fußballbundes (DFB) und die Öffentlichkeit insgesamt zu ermuntern, durch entsprechende Initiativen und Erklärungen auch auf die politische Situation und die erheblichen Verletzungen der Menschenrechte in Argentinien aufmerksam zu machen? |

9. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Bemühungen zu unterstützen, um die Militärregierung in Argentinien zu bewegen, beispielsweise aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft politische Gefangene freizulassen, wie dies auch von Regierungen und Parteien z. B. in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und skandinavischen Ländern gefordert wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung (Meldung der Elbe-Jeetz-Zeitung vom 7. März 1978), daß Gorleben kein geeigneter Standort für die geplante Entsorgungsanlage sei, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
11. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß die Anlage Gorleben auch dann gebaut werden würde, wenn die Probebohrungen zeigten, daß der Salzstock in Gorleben zur Aufnahme hochaktiver nuklearer Brennstoffe nicht geeignet sei?
12. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Treffen auf ein Pressegespräch des Präsidenten des Bundeskriminalamts, Dr. Herold, zurückgehende Meldungen zu, daß etwa 10 v. H. der Mitglieder des KBW in den Untergrund gehen?
13. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Welche Aktivitäten solcher Untergrundmitglieder des KBW kennt oder erwartet gegebenenfalls die Bundesregierung?
14. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Kritik aus Kreisen der Wirtschaft über Mängel der amtlichen monatlichen Übersichten und über lange Wartezeiten auf die Ergebnisse der statistischen Erhebungen des Statistischen Bundesamts für berechtigt, und was gedenkt sie zu tun, um eventuelle Mängel abzustellen?
15. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in Konsequenz aus dem Datenschutzgesetz die Kirchen in Zukunft in ihren Gemeindeblättern persönliche Daten ihrer Gemeindeglieder, wie insbesondere Geburtstage, Trauungen und Taufen, nicht mehr bringen können, und hält sie eventuell Konsequenzen für erforderlich?
16. Abgeordnete
Frau
Dr. Wisniewski
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung den Eindruck, den Angehörige der Universität Heidelberg bei einem Kurs des Bundesverbands für den Selbstschutz gewannen, daß nämlich die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland keineswegs ausreichend für den Fall eines Atomangriffs geschützt ist, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie gegebenenfalls daraus?
17. Abgeordnete
Frau
Dr. Wisniewski
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Schweiz 80 v. H. der Bevölkerung durch Luftschutzkeller gesichert sind, und wie hoch ist der entsprechende Prozentsatz in der Bundesrepublik Deutschland?

18. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Wann wird die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf für ein Umweltchemikaliengesetz in den Bundestag einbringen, und wird sie sicherstellen, daß der Entwurf nicht dem Vorschlag des EG-Ministerrats zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe entgegensteht?
19. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist es nach dem Bundesdatenschutzgesetz zulässig, daß im Mai in Nordrhein-Westfalen amtliche Statistiker 65000 Haushalte aufsuchen und diese nach Einkommensverhältnissen, Altersvorsorge, Gesundheitszustand, Krankenversicherungsschutz usw. befragen, und wenn nein, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
20. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Inwieweit entspricht die Ausstattung des Technischen Hilfswerks (THW) in technischer, finanzieller, organisatorischer, personeller und gebäudemäßiger Hinsicht — auch auf der Ebene der Ortsverbände — den Anforderungen, die im V-Fall auf das THW zukommen?
21. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Ortsverbänden des THW auch in spannungsfreien Zeiten befriedigende Aufgaben zuzuweisen?
22. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Inwieweit trägt das THW bundesweit der zunehmenden Gefahr von Katastrophenfällen durch vermehrte Schutzübungen Rechnung, und wird diese Übungstätigkeit sowohl auf örtlicher wie auf überörtlicher Ebene mit anderen Hilfsorganisationen abgestimmt?
23. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Welche Erfahrungen wurden beim THW mit Wehrpflichtigen gemacht, die auf Grund längerfristiger Verpflichtung vom Grundwehrdienst freigestellt wurden?
24. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Wieviel Fälle der Gründung politischer Wohngemeinschaften militanter Linksextremisten und sogenannter Atomgegner sind der Bundesregierung im Umkreis des geplanten Deponiestandorts Gorleben bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ein weiteres Eindringen derartiger Kreise in den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu verhindern?
25. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Wie viele Beamtenanwärter sind in den einzelnen Laufbahnen in den Jahren 1973 bis 1977 im Bund und in den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des Bundes jährlich eingestellt worden?
26. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Wie viele Auszubildende sind im gleichen Zeitraum in den gleichen Bereichen jährlich eingestellt worden?
27. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, eine offizielle Dokumentation darüber zu erstellen, in welchem Umfang rechtsextremistische und neofaschistische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland auf

Personen mit eindeutig kommunistischer Vergangenheit zurückgehen und in dieser Dokumentation darzulegen, in welchem Umfang solche Aktivitäten von Seiten der DDR mit dem Ziel ferngesteuert werden, die Bundesrepublik Deutschland vor der Weltöffentlichkeit als rechtsextremistisch und neofaschistisch zu denunzieren?

28. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Anregung für realisierbar, daß künftig alle Plastiktragetüten mit der Aufschrift „Vorsicht Erstickungsgefahr für Kinder“ versehen werden, da die mehr als zehn Millionen täglich gebrauchten Plastiktüten immer häufiger zu Todesfällen für Kleinkinder werden, die sich oftmals herumliegende Tüten beim Spielen überstülpen und so ersticken, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

29. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Hinblick auf § 69 des Strafgesetzbuchs in der Öffentlichkeit diskutierten Änderungsvorschläge im Hinblick auf den Entzug der Fahrerlaubnis, und welche Änderungen wird sie gegebenenfalls vorschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter
Müller (Mülheim)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung über den Verkauf der Arbeitersiedlung Mausegatt in Mülheim durch die Veba unterrichtet, und billigt sie die plötzliche Veräußerung, obschon den Bewohnern der Siedlung durch die Geschäftsführung des Konzerns der Fortgang der laufenden Verhandlungen zugesagt wurde?
31. Abgeordneter
Müller (Mülheim)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit eine Überprüfung des Vorgangs bei dem Bundesunternehmen vornehmen und außerdem darlegen, welche Möglichkeiten sie sieht, daß die Siedlung unverändert als zeitgenössisches Baudenkmal erhalten bleibt und von den bisherigen Mietern bewohnt werden kann?
32. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Welche seit Juni 1976 ergangenen und im Bundessteuerblatt veröffentlichten Urteile des Bundesfinanzhofs werden von der Finanzverwaltung mit Zustimmung des Bundesfinanzministers über den entschiedenen Einzelfall hinaus nicht angewendet?
33. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Höhe des Vorwegabzugs bei den laufenden Sonderausgaben von 1500 DM bzw. 3000 DM jährlich im Hinblick auf die Höhe des steuerfreien Arbeitgeberbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung noch für verfassungsgemäß, wenn sie hierauf die Grundsätze des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Juni 1977 (1 BvR 265/75 — BStBl. 1977 II S. 526) zu den sogenannten Kinderadditiven bei getrennt Lebenden anwendet?

34. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Weinbaubetrieb ein landwirtschaftlicher Betrieb und damit der Wein ein landwirtschaftliches Produkt ist, und wenn ja, warum wird der Wein umsatzsteuerlich bei der Durchschnittsbesteuerung des § 24 UStG nicht wie die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse behandelt?
35. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Warum sieht der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes 1979 keine Anpassung bei der Durchschnittsbesteuerung an die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor?
36. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland als Prämiensparer zugelassen, Grenzgänger mit erstem Wohnsitz in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland aber von dieser Möglichkeit ausgeschlossen sind?
37. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß kommunale Kraftfahrzeuge, die beispielsweise zum Schneeräumen eingesetzt sind, von der Kfz-Steuer befreit sind, während landwirtschaftliche Zugmaschinen, die von Hause aus steuerbefreit sind, bei aushilfsweisem Einsatz beim kommunalen Schneeräumdienst der Steuerbegünstigung verlustig gehen?
38. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Antragsverfahren zur Gasölverbilligung nach dem Gasöl-Verwendungsgesetz — Landwirtschaft wegen seiner komplizierten Regelung unnötige Härten für die Betroffenen zur Folge hat und einen erheblichen Verwaltungsaufwand erfordert, und — bejahendenfalls — wann beabsichtigt sie, einen Gesetzentwurf einzubringen, der das Antragsverfahren den Gegebenheiten und Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Praxis entsprechend vereinfacht?
39. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, welchen Zwecken der Besuch des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Emminger, in Prag diene?
40. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Zahl der abgeschlossenen und anhängigen Rechtsmittelverfahren zum Bardepotgesetz ist und welche Sachverhalte den Hauptgegenstand der rechtlichen Auseinandersetzung bilden?
41. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch Gmünd)
(CDU/CSU) Sind die Kopfschlächter in privaten Schlachthäusern steuerrechtlich als Arbeitnehmer zu behandeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

42. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann
(CDU/CSU) Welche Erdgasmengen wurden nach dem Wissensstand der Bundesregierung von den international tätigen Mineralölgesellschaften in den letzten fünf Jahren in welche Verbraucherländer verkauft (Verkaufsmengen der einzelnen Mineralölgesellschaften in Milliarden Kubikmeter pro Jahr)?

43. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, wie sich die jährlichen Erdgaslieferungen der internationalen Mineralölgesellschaften auf Grund abgeschlossener Lieferverträge und fester Planungen bis zum Jahr 1995 entwickeln werden und für welche Verbraucherländer diese Erdgaslieferungen vorgesehen sind, insbesondere, ob mit Lieferangeboten für die Bundesrepublik Deutschland von Seiten dieser Gesellschaften gerechnet werden kann?
44. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß nach der Berufsfachschul-Anrechnungs-Verordnung vom 4. Juli 1972 Auszubildende, die die Handelsschule besucht haben (gleichwertig dem Realschulabschluß) lediglich einen Ausbildungszeitraum von zwei Jahren haben können, während Absolventen der zweijährigen Höheren Handelsschule nach der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 4. Juli 1972 drei Jahre ausgebildet werden können — soweit sie nicht vorher den Abschluß der zweijährigen Handelsschule haben —, und welche Maßnahmen ist die Bundesregierung bereit zu ergreifen, diese Ungereimtheit zu ändern?
45. Abgeordneter
Vogt (Düren)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung nach der Entscheidung des Berliner Kammergerichts in Sachen Werbeaktion für die Margarinemarke Rama die Auffassung, daß bestimmte Wettbewerbspraktiken eines marktbeherrschenden Unternehmens erst dann verboten werden können, wenn der Wettbewerb schwerwiegend beeinträchtigt ist, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Berliner Kammergerichts in Sachen Werbeaktion für die Margarinemarke Rama für eine Novellierung des Kartellgesetzes?
46. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung, daß in großen Mitgliedsländern in staatlichen oder staatlich gelenkten Betrieben Verluste, teilweise in Milliarden Höhe, aus der Staatskasse ausgeglichen werden angesichts der Tatsache, daß nach den EG-Richtlinien nationale Subventionen untersagt sind?
47. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß darin schwerwiegende Wettbewerbsverzerrungen liegen?
48. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Was tut die Bundesregierung im Europäischen Ministerrat, um diese Verstöße gegen die EG-Regelungen abzustellen?
49. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der „Rama“-Werbeaktion einen Verstoß gegen § 13 der Durchführungsverordnung zum Rabattgesetz?
50. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, von § 13 der Durchführungsverordnung zum Rabattgesetz Gebrauch zu machen und die „Rama“-Werbeaktion zu verbieten?

51. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, die in dem in der Frankfurter Neuen Presse vom 29. März 1978 veröffentlichten Ergebnis einer von der amerikanischen Rockefeller-Stiftung finanzierten Studie führender Experten aus fünf großen Verbraucherköndern zum Ausdruck kommt, worin vor den katastrophalen Folgen einer Öl- und allgemeinen Rohstoffknappheit in den späten 80er Jahren gewarnt wird und sogar ein Krieg um die Rohstoffquellen nicht ausgeschlossen wird, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
52. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Studie für ihre eigene Energiepolitik, insbesondere bezüglich der Substitutionsmöglichkeiten des Erdöls?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

53. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Wie lange haben inzwischen die Arbeiten an dem Entwurf einer Verordnung gemäß § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes gedauert, und wann ist mit ihrer Verkündung zu rechnen?
54. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Bestehen die Gründe, die die Bundesregierung vor einigen Jahren veranlaßt haben, den Naturparkvereinen keine Zuschüsse mehr zu gewähren, fort?
55. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung in den Fällen, in denen das Bundesland, in dem der Naturpark gelegen ist, 50prozentige Zuschüsse zu den Kosten des Einrichtungsplans für einen Naturpark gewährt, zur Restfinanzierung beizutragen oder Maßnahmen der Naturparkvereine aus dem Konjunkturförderungsprogramm zu bezuschussen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

56. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) Was ist bisher geschehen, um den Arbeitskräftebedarf des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes zu decken, und wie wird der Begriff der Zumutbarkeit einer Arbeitsaufnahme in diesem Bereich für Arbeitssuchende interpretiert, die bisher nicht in diesem Bereich tätig waren?
57. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) Was ist unternommen worden, um sicherzustellen, daß der Arbeitskräftebedarf des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes auch in der Ferienzeit gedeckt ist, und was wird geschehen, wenn die Bundesanstalt für Arbeit diese Aufgabe trotz der bestehenden Millionenarbeitslosigkeit nicht bewältigen sollte?
58. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Wieviel Arbeitsplätze sind im Rahmen des ABM-Programms der Bundesregierung im Bereich der öffentlichen Hand bisher genehmigt, und wieviel genehmigte Arbeitsplätze sind tatsächlich besetzt worden?
59. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie viele bereits für eine ABM-Maßnahme vermittelte Personen schließlich nicht eingestellt wurden, und welches die hauptsächlichsten Gründe hierfür waren?

60. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß viele im Rahmen des ABM-Programms geschaffene Arbeitsplätze im Bereich der öffentlichen Hand auf Grund eines zu langwierigen und überbürokratisierten Einstellungsverfahrens nicht besetzt werden, und sieht sie gegebenenfalls Möglichkeiten, diesem Mißstand durch eine Verkürzung und Vereinfachung des Einstellungsverfahrens abzuhelpfen?
61. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wie erklärt die Bundesregierung die unterschiedlichen Aussagen zum Problem der Anrechnung von Ersatzzeiten, die durch Militärzeit und Kriegsgefangenschaft entstanden sind, nachdem vom Parlamentarischen Staatssekretär Buschfort auf Fragen des Abgeordneten Wüster (Drucksache 8/1612, Stenographischer Bericht vom 15. März 1978, Seite 6330/31) unter anderem erklärt wurde, daß grundsätzlich keine Nachteile in der Bemessung der Rentenhöhe für diesen Personenkreis entstehen, in den Bericht der Bundesregierung (Drucksache 7/3054) aber gesagt wurde, daß außer den Nachteilen aus der Bewertung der Ersatzzeiten auch noch andere Nachteile für Heimkehrer aus dem Bestehen von Ersatzzeiten entstehen können, und welche Angaben lassen sich darüber im einzelnen machen?
62. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Wunsch der Länderministerpräsidenten (laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung vom 23. März 1978), die Vorschläge der Bund-Länderkommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerpolitik noch einmal mit dem Bundeskanzler zu erörtern, obwohl die Bund-Länderkommission das Gesamtkonzept bereits einstimmig beschlossen hatte?
63. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, auf eine schnelle Reform des rechtlichen Status der ausländischen Arbeitnehmer hinzuwirken, wie sie in den Vorschlägen der Bund-Länderkommission in der Frage der Integration der ausländischen Mitbürger enthalten sind?
64. Abgeordneter
Hauck
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Computerbildschirmgeräte, wie sie jetzt in vielen Firmen eingeführt werden, Röntgenstrahlung oder sonstige gefährliche Strahlung außerhalb des sichtbaren Wellenlängenbereichs aussenden, und ist sie gegebenenfalls bereit, Untersuchungen darüber anzustellen, welche Strahlenbelastung und damit verbundene gesundheitliche Schäden bei Personen auftreten können, die in der Nähe eines solchen Geräts arbeiten?
65. Abgeordneter
Hauck
(SPD) Fallen solche Bildschirme unter die Röntgenverordnung, und wenn nein, wird die Bundesregierung bei einem entsprechenden Ergebnis der Untersuchungen diese Bildschirme in die Röntgenverordnung aufnehmen?
66. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Kritik an den gegenwärtig angewandten statistischen Methoden zur Ermittlung der Arbeitslosen, die vor allem auch von maßgebenden Leuten aus der Bundesanstalt für Arbeit geübt wird, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

67. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die gegenwärtige Arbeitslosenstatistik, die zwar im internationalen Vergleich hoch entwickelt ist, dahin gehend zu verändern, daß mehr Transparenz und mehr Information über das tatsächliche Arbeitslosenpotential erfolgt?
68. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zur Einführung einer Fortschreibestatistik, die den Vorteil hätte, nicht nur über den Arbeitslosenbestand auszusagen sondern auch über alle in einem Zeitraum von der Arbeitslosigkeit Betroffenen und die Dauer der Arbeitslosigkeit?
69. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit das Ladenschlußgesetz zu liberalisieren, und wenn ja, in welchem Umfang und wann ist mit einer entsprechenden Vorlage zu rechnen?
70. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Diskussion um die Zulässigkeit der Aussperrung auf die wirtschaftliche Entwicklung, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
71. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) Hat auch die Bundesregierung den Eindruck, daß durch die Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, wonach die Aussperrung nur „derzeit“ eine zulässige Kampfmaßnahme im Rahmen tarifpolitischer Auseinandersetzungen sei, Verunsicherungen entstanden sind, und was unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, um diesen Verunsicherungen entgegenzuwirken?
72. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Sozialstationen und Wohlfahrtsverbände nicht über ausreichendes Personal verfügen, um nach den geltenden Anforderungen des § 185 RVO die häusliche Krankenpflege sicherzustellen, und ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung des § 185 RVO in dem Sinne vorzulegen, daß die Leistungen der häuslichen Krankenpflege über den dort bezeichneten Personenkreis hinaus auch von Angehörigen anderer pflegerischer Berufe mit einer entsprechenden Ausbildung erbracht werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

73. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Welches sind die neuesten Verhandlungsergebnisse seitens der Bundesregierung hinsichtlich der für 1979/1980 geplanten Auflösung der Waffenschule 10 auf dem Nato-Flugplatz Upjever?
74. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Besteht hinsichtlich der Erhaltung der zivilen Arbeitsplätze bei der Waffenschule 10 die Möglichkeit, daß Upjever Standort der zweiten Ausbildungsstufe für das Tornadosystem werden könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

75. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu den Äußerungen des Justitiars des Bundesgesundheitsamts, Dr. Lewandowski, am 17. Februar 1978 anlässlich eines Managementseminars, daß in Abweichung vom Arzneimittelgesetz beabsichtigt ist, Exportzulassungen ohne Inlandzulassungen, Teilzulassungen bzw. vorbehaltliche Zulassungen sowie ein 2-Phasen-Zulassungsverfahren einzuführen, wobei nach der ersten Mängelrüge bei weiteren Beanstandungen der Arzneimittelzulassungsantrag kostenpflichtig abgewiesen werden soll, obwohl dies alles im Arzneimittelgesetz nicht vorgesehen ist?
76. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Schutz des Patienten bei klinischer Prüfung abzubauen, da der Justitiar des Bundesgesundheitsamts am 17. Februar 1978 anlässlich eines Managementseminars die Untersuchungen des Strafrechtlers Prof. Dr. Fincke — unter welchen Voraussetzungen der kontrollierte klinische Versuch den Strafrechtstatbestand des vorsätzlichen Totschlags erfüllt — mit der Bezeichnung „juristische Eintagsfliege“ abzuqualifizieren versucht haben soll, um die vielfach diskutierten, ethischen und strafrechtlichen Bedenken bei der Durchführung kontrollierter klinischer Versuche abzuschwächen?
77. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Verfügt die Bundesregierung inzwischen über Informationen über den Fortgang der Arbeiten an der Planungsstudie, die am 12. November 1977 dem Max-Planck-Institut für Psychiatrie, München, in Auftrag gegeben wurde, deren Ergebnisse Grundlage für die Erarbeitung einer Gesetzesvorlage zum Beruf des „nicht-ärztlichen Psychotherapeuten“ sein werden, und bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Bundesregierung, einen ersten Referentenentwurf — wie er seit langem angekündigt wird — vorzulegen?
78. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Inwieweit hat die Bundesregierung die Stellungnahmen der DGVT (Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie) und der DGSP (Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) in ihren Vorarbeiten zum genannten Gesetzentwurf berücksichtigt, und verfügt die Bundesregierung über weitere — insbesondere juristische — Gutachten, um Alternativen zur „Kammerregelung“ für „nicht-ärztliche Psychotherapeuten“ zu prüfen?
79. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, durch ihre Verantwortlichen in den Fernsehgremien darauf hinzuwirken, daß ähnlich dem „7. Sinn“ fachlich fundierte Fernsehspots gesendet werden, die sich den Problemen des Kindes und der Kindererziehung widmen?
80. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung des Vorsitzenden des ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit e. V., Prof. Dr. med. F. Schmidt, Mannheim, daß im Tabakrauch bisher mehr als 40 krebserzeugende Stoffe nachgewiesen wurden, die zum größten Teil mit dem Nebenstrom in die Umgebungsluft gehen, wo sie zwangsläufig auch

von Nichtrauchern eingeatmet werden, und welche Schlußfolgerungen beabsichtigt sie bejahendenfalls hieraus sowie aus einer Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu ziehen, die auf Grund von Untersuchungen an 13 000 Arbeitnehmern zu dem Ergebnis kommt, daß für eine der wichtigsten Berufskrankheiten — chronische Bronchitis — das Rauchen noch wichtiger ist als besondere Staubbelastung am Arbeitsplatz?

81. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Anzeigen der Margarineindustrie im „Spiegel“ Nr. 15 und Nr. 16 und in der „Welt“ vom 18. April 1978 unter dem Gesichtspunkt des § 17 Abs. 1 Nr. 5 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz (Irreführung), unter dem Aspekt des Artikels 3 Abs. 2 des Vorschlags einer Richtlinie des Rats zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über irreführende und unlautere Werbung und unter dem Gesichtspunkt des deutschen Rechts über unlautere Werbung?
82. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Werden durch diese Art der Werbung andere Fette für die menschliche Ernährung, wie z. B. Butter, diskriminiert, und wird eine indirekte Art von vergleichender Werbung betrieben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

83. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Überprüfung des Bundesfernstraßenprogramms eine Höherstufung der B 271 zwischen Neustadt an der Weinstraße und Bad Dürkheim (von 1 b nach 1 a) zu empfehlen?
84. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß die Bundesbahnstrecke Neustadt an der Weinstraße/Bad Dürkheim von einer Stilllegung verschont bleibt?
85. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Hat die Deutsche Bundesbahn für den Jahresfahrplan 1978/79 einen Halt der Berlin- und Interzonenzüge in Hamburg-Bergedorf eingeplant?
86. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Wenn nein, welche Gründe haben sie zu dieser Entscheidung bewogen?
87. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Kann ein Reisender der Deutschen Bundesbahn davon ausgehen, daß das von ihm aufgegebene Reisegepäck zeitlich zuverlässig am Bestimmungsbahnhof ankommt?
88. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen wäre die Bundesregierung bereit, die Westumfahrung von Singen (Hohentwiel) als verlegte und damit neue B 33 zu bauen?
89. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Schwerbehinderten, die Grundgebühr eines Telefonanschlusses für 100 v. H. erwerbsunfähige Schwerbehinderte, die nur per Telefon Kontakt mit der Außenwelt haben, ganz zu erlassen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Anliegen Rechnung zu tragen?

90. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung in Zukunft, die neu zu errichtenden Telefonzellen behindertengerecht und so einzurichten, daß auch für kleine Kinder der Apparat erreichbar ist?
91. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung zwischenzeitlich in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wann die am 1. Januar 1977 in die Landeshauptstadt Wiesbaden eingegliederten Gemeinden des Main-Taunus-Kreises (Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim, Nordenstadt und Delkenheim) in den Telefonnahbereich oder in das Ortsnetz Wiesbaden aufgenommen werden, oder welche Gründe stehen einer solchen Auskunft entgegen?
92. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung über die Einführung des Fernkopierens als neuem Angebot der Deutschen Bundespost aus dem Bereich der neuen Kommunikationstechniken die mit der vor drei Jahren durchgesetzten Mischlösung bei der Einführung der Modems gemachten Erfahrungen berücksichtigen und dem freien Markt im Rahmen der von der Deutschen Bundespost festgesetzten Normen den Vorzug geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

93. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Fußgängerzonen in deutschen Innenstädten, und gedenkt sie, solche Projekte auch in Zukunft zu fördern?
94. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Auf welchem Wege versucht die Bundesregierung, dem Problem der Entvölkerung der genannten Zonen abends und am Wochenende zu begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

95. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen ihrer Antwort auf die Anfrage B. 106 des Abgeordneten Jäger (Wangen) zur Frage des Abbaus der unmenschlichen Sperranlagen an der innerdeutschen Demarkationslinie, wonach dies „ein Faktor“ sei, „der die Glaubwürdigkeit einer Politik der guten Nachbarschaft immer wieder gefährde“, und der klaren Aussage des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil über den Grundlagenvertrag, daß die Grenzpraxis mit Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl mit dem Grundlagenvertrag „schlechthin unvereinbar“ sei, und wenn ja, wie erklärt sie diesen Widerspruch?
96. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich Schritte zu Gesprächen mit der DDR-Regierung über eine gewaltlose innerdeutsche Demarkationslinie, wie sie von der CDU/CSU wiederholt vorgeschlagen worden ist, einzuleiten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

97. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Konsequenzen ergeben sich für die von der Bundesregierung geförderten Projekte der Kohleverflüssigung und -vergasung durch die Entdeckung neuer, hochwirksamer Katalysatoren am israelischen Weizmann-Institut in Rehovot/Tel Aviv?
98. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) Kann die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage Nummer B. 115, Drucksache 8/1704 vom 19. April 1978, dahin verstanden werden, daß die Bundesregierung auch keine Bedenken gegen die Tätigkeit von DDR-Inspektoren im Bundesgebiet hat und deshalb auf die Möglichkeit ihrer Ablehnung verzichtet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

99. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) Wie wird sich der veränderte Dollarkurs bei der multilateralen Entwicklungshilfe im Haushalt 1978 und auf die Ansätze im Haushalt 1979 auswirken?
100. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) Wie wird sich die Neubewertung der EG-Rechnungseinheit gegenüber der DM auf die entwicklungs politischen Ansätze im EG-Bereich im Haushalt 1979 auswirken?
101. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) Welchen Anteil am Bruttosozialprodukt hat die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977 erreicht?
102. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) In welchem Umfange bleibt der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) am Bruttosozialprodukt im Jahr 1977 hinter der am 7. September 1977 von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Entwicklungspolitik der CDU/CSU gegebenen Schätzung zurück, und wie begründet die Bundesregierung gegebenenfalls diese Abweichung?
103. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Wie hoch waren im Jahr 1977 die Minderausgaben im Einzelplan 23 – Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit?
104. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Bei welchen Titeln ist es in welchem Umfang und aus welchen Gründen zu Minderausgaben gekommen?
105. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Wie werden sich die Zusagen der Bundesregierung auf der Genfer Schuldenkonferenz vom März 1978 auf das Zinsverrechnungskonto, den gesamten Bundeshaushalt, den Einzelplan 23 – insbesondere auf den Umfang der finanziellen Zusammenarbeit – auswirken?
106. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für angebracht, daß zur Evaluierung des Entwicklungshilfeprojekts Fernmeldewesen Südkorea, bei dessen Durchführung die Deutsche Bundespost eine entscheidende Rolle spielte, u. a. auch Fachleute ausländischer Privatfirmen herangezogen wurden?

107. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Welche besonderen Gründe haben das Inspektionsreferat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit bewogen, dafür zwei Vertreter norwegischer consulting-Firmen heranzuziehen?

Bonn, den 21. April 1978